

# Der Saar-Bergknappe

Organ des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter Deutschlands für das Saargebiet

Erscheint jeden Samstag für die Mitglieder gratis. — Preis für die Jahrsstellenabonnenten 3.— Fr. monatlich ohne Wotensohn, für die Postabonnenten 15.— Fr. vierteljährlich.

Für wirtschaftliche u. geistige Hebung des Bergarbeiterstandes

Geschäftsstelle des „Saar-Bergknappen“: Saarbrücken 2, St. Johanner Straße 49. — Fernsprech-Anschluß: Amt Saarbrücken, Nummer 1580, 1062, 2003, 3194.

## Ein ernstes Wort in ernster Stunde Einige Bemerkungen

Die Gewerkschaftsbewegung erfreute sich nie vieler Gönner aus anderen Kreisen. Männer wie Reitelers, Wickers, Sijpe, Stoeker, Pieper, Mumm, Brauns, Weber, Heinen, Nieder u. a., die aus innerer Bereitschaft mit all ihrer Kraft dem Aufstieg des Arbeiterstandes dienten, waren und blieben bis heute sehr dünn gesät. Die Vertreter der Wirtschaft, der Behörden, des „Bürgertums“, rechneten es sich mit verschwindenden Ausnahmen zur „großen Ehre“ an, die Aufstiegsbemühungen der Arbeiterchaft, die sich in der bildenden und erstarrenden Gewerkschaftsbewegung kundgaben, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Das war weiter nicht schlimm. Die Gewerkschaftsbewegung sah die Front der Gegner klar vor sich, und konnte ihre Angriffs- und Abwehrmaßnahmen entsprechend treffen. In dem jahrelangen Kampfe mit den genannten Kräften erstarkte sie, und gewann eine Stellung um die andere. Die deutsche Arbeiterchaft wurde aus der Verbannung herausgeführt. Sie drang unter Führung der Gewerkschaften in die Stellungen ein, die die anderen Schichten im Staats- und Wirtschaftsleben für sich allein für alle Zeit behaupten wollten.

Mit dem Erobern der neuen Stellungen allein war es aber noch nicht getan. Die Arbeiterchaft muß sie auch zu halten suchen. Sie kann sie aber nur halten, wenn sie die Voraussetzungen dazu schafft und erhält. Zwei Hauptvoraussetzungen wollen wir nennen:

1. starke Gewerkschaften sowohl nach Mitgliederzahl und Finanzkraft, als auch nach geistiger Lebendigkeit und Einigkeit;
2. eine geistig überaus regsame Arbeiterchaft, die sich die geistigen Mittel aneignet durch harte und energiegelante Arbeit, zur Behauptung, Festigung und Ausbreitung der eroberten Stellungen.

Wie steht es heute damit?

Ueberaus traurig. Was den Gegnern aus anderen Schichten nicht gegliückt ist, das suchen heute gewisse Teile der Arbeiterchaft unter Führung von sogenannten „Auch-Arbeitern“ zu erreichen. Anstatt daß alle Arbeiter auf eine Erstarlung und Festigung der Gewerkschaften hinarbeiten, arbeitet ein großer Teil an deren Unterhöhlung und Schwächung. Anstatt daß die Arbeiter sich geistig weiterbilden zur Meisterung der zugefallenen Aufgaben, lassen sie sich durch alle weltlichen Schwächer verdummen. Als lauhende Dritte stehen im Hintergrunde die Kollisionschichten, die von jeher dem Arbeiter den Aufstieg mißgönnten. Sie leben dem Trauerspiel lächelnd zu, weil sie wissen, daß eine Arbeiterchaft, die ihre Aufgaben so verkennt, ihnen die durch die Gewerkschaften eroberten Stellungen wieder abtreten muß.

Die Methoden der Kommunisten.

Die Kommunisten behaupten, sie seien die einzig „wahren“ Arbeitervertreter. In Wirklichkeit kann es ihnen gar nicht ernst gemeint sein um eine Hebung des arbeitenden Volkes, weil dann der Boden verloren ginge zur Verwirklichung ihres politischen Zieles. Den Kommunisten muß, weil ihnen das politische Ziel über alles geht, eine Vereinerlichung der Arbeiterchaft nur erwünscht sein. Um diese immer mehr herbeizuführen, suchen sie die Gewerkschaften zu schwächen. „Schlage den Hirten, dann schlägt die Herde“, das ist der Grundsatz, nach dem sie gegen die Gewerkschaften arbeiten. Verleumdungen und Verdächtigungen gegen die gewerkschaftlichen Führer sind darum die Hauptbestandteile im kommunistischen Kampfsystem. Viele Arbeiter durchschauern den kommunistischen Trick nicht, lassen sich das Vertrauen in ihre gewerkschaftliche Führung, damit aber auch in ihre gewerkschaftliche Organisation untergraben. Mißtrauisch stehen viele Arbeiter ihrer eigenen Bewegung gegenüber, arbeiten nicht mehr mit, springen ab — und helfen so die einzige Grundlage schwächen, in der die Stellung der Arbeiter fundiert ist, von der aus der weitere Aufstieg des Arbeiterstandes fortgeführt werden soll.

Die Methoden der neuen „Heilbringer“.

Zuerst putzten sie die Sozialrentner gegen die Gewerkschaften auf. Jeder Arbeiter und Sozialrentner müßte aber wissen, daß ohne Gewerkschaftsbewegung niemals das Gebäude der Sozialversicherung in seiner heutigen Gestalt errichtet worden wäre. Und jeder müßte wissen, daß, wenn eine starke Gewerkschaftsbewegung nicht mehr vorhanden wäre, das Gebäude der Sozialversicherung von seinen Gegnern wieder abgetragen würde. Die Tätigkeit der Feind, Heheing und Konfanten richtet sich so direkt gegen die Sozialrentner. Die Sozialrentner fahren nur dann gut, wenn sie starke Gewerkschaften dauernd als Stütze haben. Ohne starke Gewerkschaften geht eine Position der Arbeiterchaft um die andere zum Teufel. Und daran arbeiten alle die „Auch-Arbeiter“, die mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, an der der Schwächung der Gewerkschaftsbewegung arbeiten und die Arbeiter zu verdummen suchen.

Ueber den Kreis der Sozialrentner hinaus wenden diese Leute sich nunmehr auch an die aktiven Arbeiter. Um sie zu gewinnen, wird mit den gemeinsten Verdächtigungen

gearbeitet. Dem Familienleben des einzelnen Gewerkschaftsführers spürt man nach, offen Klatsch und Tratsch wüchelt man auf, um die Vertrauensgrundlage zu unterminieren. Sollen die Gewerkschaftsführer nur Tag um Tag von früh bis spät schuften dürfen für

die Arbeiterchaft? Sollen sie mit ihren Familien Not leiden? Sollen sie in Kellerwohnungen hausen? Sollen sie in schäbiger Kleidung herumlaufen? Sollen sie an ihrem Lebensabend dem Elend überantwortet sein? Will das eine aufrechte und nach oben strebende Arbeiterchaft?

Die elenden Mittel,

mit denen heute die Gegner der Gewerkschaftsbewegung, und damit die Gegner der Arbeiterchaft arbeiten, richten sich an die allerniedrigsten Instinkte im Menschen. Neid und Mißgunst, die selber Gottes innerhalb der Arbeiterchaft gegen die eigenen Angehörigen nicht aussterben, sucht man aufzustacheln, um in Verbindung mit diesen dunklen Kräften die Gewerkschaftsbewegung zu schädigen. Und sieht man näher zu, dann findet man, daß die tiefste Ursache des Kampfes gegen die Gewerkschaftsführung und gegen die Gewerkschaftsbewegung elende Neid und Mißgunst ist.

Bergleute, wehrt ab die dunklen und aus niedrigen Motiven entspringenden Anwürfe gegen die gewerkschaftliche Führung und die Gewerkschaftsbewegung! Es ist die höchste Zeit, daß ihr euch geschlossen aufrast gegen die Zerstörer der gewerkschaftlichen Einigkeit und Geschlossenheit. Benutzt eure freie Zeit mehr zum Studium, damit ihr erkennen lernt, was dem Arbeiterstande frommt und in der Lage seid, euch aus eigener Kraft ein richtiges Urteil zu bilden. Tut ihr das, dann wird es zu eurem Besten sein; hört ihr aber auf die falschen Propheten, dann wird es mit euch abwärts gehen.

## Die Schuld der Bergwerksdirektion und der französischen Regierung an der Krise im Saarbergbau

Wertvolle Feststellungen der „Lothringer Volkszeitung“

Die in Mey erscheinende „Lothringer Volkszeitung“ nimmt seit Jahren zu den Ereignissen im Saargebiet und Saarbergbau in sehr objektiver Weise Stellung. Sie unterscheidet sich überaus vorteilhaft von den französischen und elsass-lothringischen Zeitungen, die jedes Vorkommnis im Saargebiet als Wagnis der „Pangermanisten“ hinzustellen suchen, die Bergwerksdirektion und den französisch orientierten Teil der Regierungskommission durch die und dann verteidigen, und die Gewerkschaften als Körperschaften bezeichnen, die nur den einzigen Zweck haben sollen, auf Anweisung Preußens und des Reiches der Bergwerksdirektion Schwierigkeiten zu machen durch Auspützung der Bergleute. Das Manöver dieser Sorte Presse ist klar: in Frankreich soll der Anschein erweckt werden, die Saarbergleute würden bevorzugt behandelt und es ginge ihnen gut. Da ist es sehr wertvoll, daß die „Lothringer Volkszeitung“ der Wahrheit die Ehre gibt und die Verhältnisse so schildert, wie sie in Wirklichkeit liegen. Sie bringt in ihrer Nummer vom 8. September wieder einen längeren Artikel über die Lage im Saarbergbau, der es wert ist, unseren Mitgliefern und der hiesigen Öffentlichkeit in seinen Hauptstellen bekanntgegeben zu werden.

Der Artikel knüpft an die Vorkommnisse anlässlich der Demonstration am 8. August an, gibt die Forderungen bekannt, die am 10. August die Bergarbeiterführer dem Präsidenten der Regierungskommission vortrugen, um sich dann etwas eingehender mit der Besprechung zu befassen, die auf der Bergwerksdirektion am 13. August stattfand. Die Ausführungen von da an geben wir ungekürzt wieder, weil sie fast in all ihren Teilen den Nagel auf den Kopf treffen.

Am 13. August wurde den Arbeitervertretern auf der Bergwerksdirektion eine Aussprache zugestanden. Die der Regierungskommission bereits vorgebrachten Forderungen wurden hier mit aller Deutlichkeit

wiederholt. Die Bergwerksdirektion zeigte sich diesmal den Arbeitern gegenüber nicht so zugewandt, wie es bisher ihre Gepflogenheit war. Sie kam den Wünschen der Arbeitervertreter immerhin in einigen Punkten entgegen. So erklärte sie sich bereit, ab 1. September die zum Zwecke der Belegschaftsverminderung vorgenommenen Entlassungen einzustellen und vorderhand von Neuanlegungen abzusehen. Ferner erklärte sie ihre Bereitwilligkeit, die Möglichkeit der Wiedereinstellung bereits entlassener Arbeiter die 4 und mehr Kinder unter 14 Jahren haben, zu prüfen. Hinsichtlich der

Unterbringung der saarländischen Kohlen auf dem französischen Kohlenmarkt

erklärte der Generaldirektor, daß diese Frage auf große Schwierigkeiten stoße; einmal könne die Saarlohle mit der billigeren und qualitativ besseren englischen und deutschen Kohle den Konkurrenzkampf auf dem französischen Markt nicht aufnehmen, ein andermal habe die französische Regierung keine Druckmittel zur Verfügung, um die französische Privatwirtschaft für die saarländische Kohle zu begeistern. Bei dieser Gelegenheit verriet er den Gewerkschaftsführern, daß die Bergwerksdirektion mit der

Reichseisenbahngesellschaft

in Berlin Verhandlungen angebahnt habe, um diese zu bewegen, Saarlohlen in größeren Mengen zu übernehmen und gleichzeitig dieser Kohle auf den Reichsbahnen Frachtermäßigungen einzuräumen; man habe mithin Grund, mit einer Besserung der Lage zu rechnen. Bei der Besprechung mit den Arbeitervertretern legte der Generaldirektor Wert darauf zu betonen, daß die Bergwerksdirektion bei den im Interesse der Betriebsstationalisierung vorgenommenen Entlassungen bedeutend humaner vorgegangen sei, als der Ruhrbergbau.

Man könnte versucht sein, die entgegenkommende Haltung der Bergwerksdirektion anzuerkennen. Wir müssen uns leider dieses Vergnügens verweigern; da wir die Vorgänge im Saarbergbau seit langen Jahren aus unmittelbarer Nähe beobachten, können wir uns nur zu dem einen Urteile





### Unsere nächsten Aufgaben

Am Sonntag, den 4. September, fand für den Bezirk St. Wendel in Oberthal eine gut besuchte Kundgebung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter statt. Bei dieser Gelegenheit stellte Revierleiter Kuhn die besonders dringlichen Forderungen und die nächsten Aufgaben des Gewerksvereins heraus. Es ist angebracht, die Hauptgedanken hier allen unseren Mitgliedern bekannt zu geben.

Kuhn erklärte, daß die Regierungsvereinbarungen über

#### die knappschaftliche Neuordnung

so weit gediehen seien, daß der Saar-Knappschaftsverein schon jetzt die Zuschüsse bezahlen könne. Es bedürfe nur noch der Ratifizierung (Bestätigung) der Vereinbarungen durch die beteiligten Regierungen (Reichs- und Saarregierung), die nicht mehr lange auf sich warten lassen könne. Beide Regierungen hätten sich ohne weiteres für die Vereinbarungen eingesetzt, woraus mit Sicherheit die Ratifizierung zu schlussfolgern wäre. Da die Vereinbarungen nach der Unterzeichnung am 1. Juli ds. Js. in Kraft träten, könnten nach seinem Dafürhalten auch bereits heute die Zuschüsse zur Auszahlung kommen.

Des weiteren beschäftigte sich Kuhn mit der

#### Frage der Saargänger-Unterstützung.

Die deutsche Reichsregierung habe in einer Zeit der größten Not die Saargänger-Zulage fast ganz abgebaut. Dadurch seien die Gemüter der im Reichsgebiet wohnenden Saararbeiter sehr erregt worden. Der Gewerksverein und der alte Verband hätten eine Eingabe nach Berlin gerichtet, auch seien jetzt zwei Vertreter dieser Organisationen in Berlin bei den in Frage kommenden Ministerien vorstellig geworden, damit für die Saargänger der Zustand vom Juni ds. Js. wieder hergestellt würde. Die Haltung des Reiches sei ziemlich unverständlich, zumal doch alle Parteien des Reichstages sich für die Weitergewährung der Unterstützung eingesetzt hätten. Anschließend nahm Kuhn Stellung zu den

#### Nationalisierungsbestrebungen im Saarbergbau.

Er sagte, daß die Bergwerksverwaltung immer wieder beteuere, sie sei „humaner“ als die Unternehmer im Ruhrbergbau. Bei der Beurteilung dieser Frage dürfe vielerlei nicht vergessen werden. Im Ruhrgebiet seien in der Zeit der Nationalisierung an die etwaigen Arbeitslosen getragene Arbeitslosenunterstützungen ausbezahlt worden, die teilweise höher gewesen seien, als die Löhne der Saarbergleute. Die Durchführung einer Nationalisierung ohne das Bestehen einer geregelten Arbeitslosenversicherung bringe gewaltige Härten für die betroffenen Arbeiter mit sich. Mit den wenigen Franken Arbeitslosenunterstützung, die von der Regierungskommission gewährt würden, könne kein Bergmann auskommen, auch dann nicht, wenn die Abteilung Volkswirtschaft noch besondere Zuschüsse leiste, was an und für sich Anerkennung verdiene. Bei den heutigen Verhältnissen auf diesem Gebiet müsse größte Not in die Familien arbeitsloser Bergleute einzichen. Hier sei eine Abhilfe unbedingt erforderlich. Der Gewerksverein fordere daher von der Regierungskommission die baldige

#### Einführung der Arbeitslosenversicherung

nach deutschem Muster und den notwendigen Ergänzungen. Diese Forderung sei nicht neu. Seit Jahren habe der Gewerksverein sie erhoben. Ihre Verwirklichung dürfe nicht mehr weiter hinausgeschoben werden. Das Interesse der arbeitslosen Arbeiter verlange die schnelle Vorlage eines Entwurfes an die Arbeitskammer. Die Regierungskommission müsse alles tun, um den arbeitslosen Menschen zu helfen. Der Gewerksverein und der alte Verband hätten schon seit langem die Wege gezeigt und auch in dem Sinne zu wirken gesucht, daß den Saarkohlen der notwendige Absatz gesichert würde. Hier könnten das Reich und Frankreich helfen. Guter Wille vermöge sehr viel. Er hoffe, daß die Bergwerksdirektion alle Anstrengungen mache, um der Kohle den notwendigen Absatz zu sichern, damit bei einer Belegschaftspolitik, wie sie die Organisationen vorgeschlagen hätten, alle Bergleute volle Beschäftigung fänden.

Zum Schlusse forderte Kuhn im Namen der organisierten Bergleute eine

#### besondere Unterstützung für die Felierschichten.

Die Krise im Saarbergbau sei zum größten Teile von der Bergwerksdirektion bzw. dem Handelsbüro verschuldet. (Vergl. die Auslassungen der „Lothringer Volkszeitung“ Die Red.) Bis heute habe es aber die Bergwerksverwaltung verstanden, die bösen Wirkungen der Krise auf die Schulktern der Bergleute abzuwälzen. Sie sei verpflichtet, die Not, die zur Zeit unter der Bergarbeiterschaft herrsche, nach Möglichkeit zu lindern. Dieses geistige Augenblicklich am besten durch eine besondere Zuwendung. Der Lohnausfall durch Felierschichten, wodurch die Not in besonderem Maße hervorgerufen worden sei, müsse so ersetzt werden. Die Bergleute seien im Sommer kaum imstande gewesen, sich die notwendigen Lebensmittel

zu kaufen. An Kleidung, Wäsche usw. seien sie völlig abgerissen. Nun stände noch der Herbst vor der Tür, der besondere Anforderungen erfordere. Die Bergleute seien aber nicht in der Lage, sich etwas anzuschaffen, wenn ihnen nicht besondere Unterstützungen gewährt würden. Im September träte der Verwaltungsrat der Saargruben zusammen. Da hofften alle Bergleute, daß dieser sich nicht nur mit ihrer Kollage befaße, sondern auch durchgreifende Maßnahmen zur Behebung der Kollage beschließe.

Das sind die dringlichsten Aufgaben, deren Bewältigung wir mit aller Kraft und in Einigkeit erstreben müssen. Jeder Bergmann muß sich dafür einsetzen. Das kann er aber nur, wenn er in der gewerkschaftlichen Organisation in Reih und Glied steht.

### Ratschläge für Kameraden, die auswandern wollen

(Anschneiden und anheben.)

Hauptregel für alle muß sein, die Arbeit nicht freiwillig aufzugeben, um einem ungewissen Schicksal entgegen zu gehen. In anderen Gebieten ist es auch nicht toll. Wer ohne Arbeit ist und auszuwandern gedenkt, beachte folgende Ratschläge:

1. Vor der Entschlußfassung zur Auswanderung den zuständigen Bezirksleiter am Rat und Auskunft gefragt und diesem zeitigheit gegeben, sich beim Bezirksbüro des Gebietes, wohin die Auswanderung erfolgen soll, nach Arbeits-, Lohn- und Wohnungsverhältnissen zu erkundigen. Niemals ins Ungewisse hineinziehen.
2. Vor der Auswanderung vom zuständigen Bezirksleiter die Adresse des Leiters des Bezirksbüros des Gewerksvereins vom dem Gebiet anfordern, in das die Auswanderung erfolgt. Wenn möglich, auch den neuen Niederlassungsort angeben, damit die Adressen der dortigen christlichen Funktionäre vermittelt werden können.
3. Kurz vor der Auswanderung dem Vertrauensmann und Vorstehenden der allen Jahressitzung Kenntnis geben, damit der notwendige Vermerk in das Mitgliedsbuch erfolgen und der Bezirksleiter informiert werden kann.
4. Bei der Auswanderung darauf gesehen, daß das Mitgliedsbuch in Ordnung ist und alle fälligen Beiträge entrichtet sind. Dadurch bewahrt man sich vor Nachteil.
5. Bei der Ankunft im neuen Wirkungsort sofort den Anschlag an die dortige Jahressitzung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter gesucht und die Wohnadresse angegeben, damit eine Ankerbrechung in der Verbindung nicht erfolgt.
6. Sofern die Adresse des Jahressitzungsvorstehenden des neuen Wohnortes unbekannt ist, sofort nach einem christlichen Betriebsratsmitglied umschauen gehalten, damit dieses den Anschlag vermittelt.
7. Sofern kein christliches Betriebsratsmitglied zu ermitteln ist, dann muß der Kamerad, der nach dem Nachen Gebiet ausgewandert ist, sich sofort an den Bezirksleiter Johann Ernst in Herzogenrath (bei Aachen) um Auskunft wenden. Kommt ein anderes Gebiet in Frage, dann an die Hauptgeschäftsstelle des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter in Essen-Ruhr, Schützenbahn 64.
8. Wenn bei der Ankunft im neuen Wirkungsort oder nach erfolgter Arbeitsaufnahme die Funktionäre anderer gewerkschaftlicher Richtungen zum Beitritt oder Uebertritt auffordern, dann dieses Annehmen strikte abgelehnt. In allen Gebieten ist der Gewerksverein vertreten, dem unsere Mitglieder, die auswandern, die Treue halten müssen.
9. Sobald der Anschlag an die zuständige Jahressitzung erfolgt ist, dann teilgenommen am ganzen Leben des Gewerksvereins im neuen Lebensgebiet. Dann wächst Kameradschaftlichkeit und Freundschaft, die die Heimat erziehen helfen und manchen guten Dienst erweisen.
10. Wer nach diesen Ratschlägen handelt, wird auch in fremdem Gebiete treues Mitglied des Gewerksvereins bleiben und dieses Handeln nie zu bereuen haben.

### Ein neuer Anflug

Ein Vertrauensmann schreibt uns: Neue Propheten sind aufgestanden und verkünden den Unorganisierten Heil. Uneigennützig natürlich. Zwei sind ehemalige Gewerkschaftler, deren Namen, Wert und Qualitäten hinreichend bekannt sind. Mit dem Dritten befaße ich mich nicht, denn er scheint nur der Kassierer und „Vermögensverwalter“ in dem Kleeblatt zu sein. Uneigennützig natürlich. — Was wollen denn diese neuen Männer? Ich lese da im „Bergknappen“ vom 4. 9. 1927, in der Rede, vom Kollegen Kuhn, von einem funkelneulernen Verband der Unorganisierten, dem man den Namen „Deutscher Arbeitnehmerverband“ belegen will. Beim Lesen dieser Zeilen sah ich gerade richtig. — Und ich war froh darüber, sonst wäre mir weiß Gott noch was passiert. Unwillkürlich dachte ich dabei: ein neuer „Reform“. Wir leben ja im Zeitalter der Reforme. Diese angeblichen Gründer haben einen Reform „geistiger Bewirtung“ aufgestellt; ihr Triumph dürfte für alle Zeiten gesichert sein.

Eine Organisation der Unorganisierten — Deutscher Arbeitnehmerverband —, eine riesige Plattform zur Sammlung von gewerkschaftlichem Unvermögen und geistiger Schrotproduktion. Ob die Menschen wissen, was sie tun? — Ich weiß es nicht, habe aber gehört, daß es noch untersucht werden soll. Man versehe sich mal in das Kleeblatt der Unorganisierten. Zweifellos viele brauchbare

Leute, die zu uns gehören — aber aus irgend welchen Gründen von uns abgehalten werden. Dagegen steht fest, daß keine Gewerkschaftsrichtung heute alle Unorganisierten aufnehmen würde. Ich wäre gespannt über die Grundzüge, die sich aus einer solchen Vereinigung herausbilden, etwas erfahren zu können. Weiter: Besteht irgend welche Klarheit über die Abgrenzung des Begriffes Arbeitnehmer? Keint! Es wird zwar die gesamte Arbeiter- und Angestelltenchaft unter dem Begriff als Arbeitnehmerorganisation genannt. Ein derartiger Verband existiert aber in der ganzen Welt nicht. Einzelne Arbeitsteile decken den Begriff auf alle Personen aus, die gegen Lohn oder Gehalt arbeiten, also bis in die oberen Direktorenstellen hinein, selbst ein Subdirektor wäre nicht ausgeschlossen. Das haben die Tausenden des Verbandes sicher nicht gewollt. Hoffentlich ziehen sie noch die Schlussfolgerungen. Wenn jemand die Unorganisierten heute sammeln würde, um ein Socklaufen oder ein Eisheineßen zu veranstalten, könnte man wenig einwenden. Sie aber als Sturmbock gegen die Organisationen zu verwenden, ist so verwerflich, daß es nur mit ungebrannter Holsche abgegolten werden könnte.

Sozial Ernst und Interesse wollen wir den Leuten so gar nicht entgegenbringen. Ihr ... reicht so gar nicht an unsere Organisation heran.

Wenn man an der Saar vorbei geht und sieht, daß einige Pausbuben von rechts oder links oder einige Vertüchte von einer Brücke aus Steine hineinwerfen, so hört sich der Strom nicht im geringsten daran. Er nimmt ruhig und ungestört seinen Lauf. Ebenso ruhig und sicher bewegt sich bei solchen Anwürfen der Strom des Gewerksvereins, der sich ein festes Bett in der Interessensphäre der Bergarbeiter eingegraben hat. Der Einfluß der beiden Bergarbeiterorganisationen auf die Wirtschaft und auf die Organe der Öffentlichkeit ist heute so stark, daß die geplante Neugründung nicht über die Bedeutung einer eventuellen Leiterkostenrechner-Organisation hinauskommt.

Kameraden! Besteht euch die Gestalten. Subdirektor Gehring mußte gegangen werden, weil er wiederholten Aufforderungen seitens unserer Volksoberleitung, die Leute besser zu behandeln, nicht nachgegeben ist. Es wäre gut, wenn das Material darüber mal veröffentlicht würde. Kallmann! Schwärmer von „Schul unter Wasser“ — gründet eine Schiefermeisterorganisation — unter Wasser —, ist Mitbegründer einer neuen „Organisation“ — unter Wasser —, uneigennützig natürlich! Hoffentlich erscheint die Zeitung „Deutsche Rundschau“ mit dem ganzen Kleeblatt auch bald unter Wasser.

Unsere Organisierten nur eins: Beruhigen wir uns, es wird schon schief gehen. J. Jips.

### Zur Unterstützungsfrage der Saargänger

Von der Reichsregierung wurden die Unterstützungsmaßnahmen für die im Reichsgebiet wohnenden Saarbergleute mit Ende des Monats Mai bzw. Juli aufgehoben. Seit Beginn des Monats August muß der Bergmann die Fahrtausgaben von seinem Lohne aufbringen. Laufende Unterstühtungen werden nicht mehr gezahlt. Die zum Ausgleich gegebenen Beiträge von 15, 10 und 5 Mark können eine Erleichterung nicht herbeiführen. Man hatte bestimmt gehofft, daß nach dem Beschluß des Reichstages, wenigstens bis zum Ende des Jahres, eine Fahrgelderstattung erfolgen würde. Auch hierin hat man eine Enttäuschung erlebt. Unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen ist es jedoch unmöglich,

#### die Ausgaben für die Fahrt

von dem Verdienst zu bestreiten. Ist die Situation in den Grenzgebieten gegenwärtig so, daß der Schritt der Reichsregierung verständlich erscheint? Die Arbeiterschaft hatte nie damit gerechnet, daß die Hilfe des Reiches einen Dauerzustand darstellen soll. Nur einem zeitlichen Koststand sollte man abhelfen. In diesen sind die Arbeiter ohne ihre Schuld hineingekommen. Nun hat sich diese Lage, seitdem die Reichsregierung die Unterstützungsmaßnahme beschloß, gewiß nicht gebessert. Es ist sogar eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem damaligen Zustand eingetreten.

Als Ausgang der Unterstützungsaktion muß der Jahresanfang 1926 genommen werden. Wenn auch die Unterstühtungen erst mit Beginn des Monats Mai einsetzten, so waren doch zur Beurteilung der Sachlage die Verhältnisse zu Anfang des genannten Jahres maßgebend. Schlusstermin der gesamten Unterstützungsaktion war Ende Juli 1927. In dieser Zeit bewegte sich der Franken zur Mark wie folgt:

1926 Jan. Durchschnittskurs für eine Reichsmark 4,21 Fr.  
1927 Juli Durchschnittskurs für eine Reichsmark 6,06 Fr.

Gegenüber dem damaligen Zustand hat sich der Kurs des Franken kaum gebessert. Jedenfalls ist keine wesentliche Veränderung festzustellen. Es wird deshalb von der Reichsregierung zu Unrecht auf die bedeutende Verbesserung des Franken hingewiesen.

Im Verhältnis sind dieselben Erscheinungen. Trotz aller Bemühungen der gewerkschaftlichen Organisationen war es nicht möglich, einen ausreichenden Lohn im Bergbau der Saar zu schaffen. Die Bergwerksdirektion fordert im Arbeitsverhältnis die Ausopferung aller menschlichen Kräfte. Sie steht dabei ruhig zu, wie der Arbeiter bei anderen Stellen Hilfe in seiner wenig erfreulichen Lage suchen muß, nur um

eine Familie vor dem größten Elend zu bewahren. Ein Ruhmesblatt in der Geschichte der französischen Bergwerksdirektion bildet dieser Zustand gewiß nicht. Mit den in Wirklichkeit verfahrenen Schichten hatte der bezahlte Hauer im Bergbau der Saargebiete in den bereits genannten Monaten folgende Gesamtverdienste:

1926 Januar Bruttoverdienst	752 Franken
1927 Juli Bruttoverdienst	794 Franken

Es ist dabei ausdrücklich festzustellen, daß hier Verdienste angegeben sind, die in ihrer Höhe nur von wenigen Arbeitern übertroffen werden. Weiter sind für Sozialversicherung, Gezählosten und persönliche Strafen erhebliche Beträge noch in Abzug zu bringen. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ist auch hier nicht vorhanden.

Mithin hat sich weder der Frankenkurs wesentlich gebessert, noch ist eine Erhöhung des Verdienstes zu verzeichnen.

Die Lebenshaltung in den Grenzgebieten

aber hat sich in dieser Zeitspanne wesentlich verteuert. In Deutschland standen die Teuerungszahlen zur Bemessung der Lebenshaltung

1926 im Januar auf	130,8
1927 im Juli auf	150,8

Es muß eine Verteuerung der Lebenshaltung von mehr als 7 Prozent festgestellt werden. Dieser Teuerungszifferung steht keine Verbesserung des Frankenkurses und keine Erhöhung des Einkommens gegenüber. Die Umstände müßten zu einer Veranschärfung der Lebenshaltung führen.

Aus diesen Gründen ist die Einstellung der gesamten Unterstützungsmassnahmen nicht zu verstehen. Sachliche Momente können dabei keine Rolle gespielt haben. Dieselben Zustände, die seinerzeit zur Bewilligung der finanziellen Beihilfe maßgebend waren, sind heute in demselben Umfange vorhanden. Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse, weiter in Anbetracht der Tatsache, daß die genannte Arbeiterschaft die Beschäftigung im Saargebiet gegenwärtig ohne fremde Hilfe nicht aufrecht erhalten kann, haben die gewerkschaftlichen Organisationen die Weiterführung der gesamten Unterstützungsaktion gefordert. Sie hoffen für diese Notwendigkeit Verständnis bei Abgeordneten, Behörden und Reichsregierung zu finden.

G. K.

„Das ausschlaggebende Element ...“

„Das ausschlaggebende Element im deutschen Wirtschaftsleben ist das Arbeitsvolk. Das sagen wir nicht, weil wir die Bedeutung der übrigen erwerbstätigen Volksschichten unterschätzen. Wir stellen damit nur eine Tatsache fest. 62 410 619 Personen zählt nach der Berufsählung im Jahre 1925 die Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches. (Ohne die Menschen im deutschen Saargebiet, die ja wegen der herrschenden politischen Verhältnisse nicht mitgezählt werden konnten. V. Red.) 32 008 839 sind davon erwerbstätig. Das sind 51,5 v. H., also mehr als die Hälfte der gesamten Bevölkerung. Den größten Anteil der Erwerbstätigen stellen die Arbeiter mit 14 433 751 Personen. 41,5 v. H. aller Erwerbstätigen sind Arbeiter. Mit ihren Angehörigen machen sie mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung aus.

Die Arbeiter sind die Volksherrscher, die Staat und Wirtschaft beleben. Ihre Arbeit ist einer der stärksten Grundpfeiler, auf dem das staatliche Gemeinwohl aufbaut. Die Erhaltung und Sicherung der Existenz dieser Arbeitermassen ist eine wichtige Aufgabe. Ihr wird sich das deutsche Volk zu unterziehen haben.“

Diese treffenden Worte entnehmen wir der Westdeutschen Arbeiterzeitung (Nr. 36). Es ist so, daß wir Staat und Wirtschaft beleben. Damit dürfen wir uns nicht zufrieden geben. Wir müssen uns auch recht kräftig in Staat und Wirtschaft bewegen. Wir dürfen nicht nur von anderen Erhaltung und Sicherung unserer Existenz fordern, sondern wir müssen selbst tatkräftig daran mitarbeiten. Das kann man nun mal nicht in einem Rand- oder Regelsklub, auch nicht in einem Gesang- oder Sportverein, sondern nur einzig und allein in einer Gewerkschaft. In der Gewerkschaft müssen wir mitarbeiten, damit wir Staat und Wirtschaft dahin bringen dem Arbeiter zu geben was dem Arbeiter gebührt. „Das ausschlaggebende Element im deutschen Wirtschaftsleben ist das Arbeitsvolk“, — wenn es sich seiner Aufgabe vollhaft bewußt wird. Das Bewußtsein muß in der tätigen Mitarbeit im Gewerkschaft zum Ausdruck kommen.

Sie genießen Rechte, worauf sie keinen rechtlichen Anspruch haben

Wer? A. die Unorganisierten. Die Leute, die sich heute teils so ruhig breit machen. Die Schreier, die mit ihrem Mundwerk die „Mauern von Jericho“ zum Einsturz bringen wollen. Diese Sorte Menschen genießen trotz ihres Geschreis und ihrer Schimpferei auf die Gewerkschaften ohne Anspruch die Rechte, auf die eigentlich nur die Vertragskontrahenten, die organisierten Arbeiter ein Anrecht haben. Das Recht auf bezahlten Erholungsurlaub ist beispielsweise ein

Recht, das nicht „gesetzlich“, von „staatswegen“ festgelegt ist, sondern in einem Tarifvertrag verankert ist, in „autonomen“, d. h. durch die Beteiligten selbst geschaffenen Rechtsboden wurzelt. Der Tarifvertrag ist abgeschlossen zwischen dem Arbeitgeber einerseits und den Organisationen für ihre Mitglieder andererseits. Wenn der Arbeitgeber den Unorganisierten den Urlaub entzöge, dann könnten sie davon nichts ändern. Das beweist klar ein Streitfall, der kürzlich vor dem Kölner Arbeitsgericht entschieden wurde. Die „Gewerkschaftliche Rundschau“ vom 20. August berichtet darüber wie folgt:

„Ein Kraftwagenfahrer, der bereits seit einem Jahr bei seinem jetzigen Arbeitgeber beschäftigt war, klagte gegen diesen auf Gewährung von Ferientagen. Der Kläger wies darauf hin, daß seinen Kollegen in anderen Betrieben Ferienlage unter Fortzahlung des Lohnes gewährt würden. Der Vorsitzende beehrte den Kläger, daß ein gesetzliches Recht auf Ferienlage überhaupt nicht bestünde. Urlaubstage seien nur dort zu verlangen, wo sie ausdrücklich vereinbart oder wo sie in Tarifverträgen festgelegt würden. In letzterem Falle auch nur dann, wenn die Beteiligten den vertragsschließenden Parteien als Mitglieder angehörten. Die Verhandlung ergab, daß der Kläger nicht organisiert war, und da der im Gewerbe bestehende Tarifvertrag, der Ferien vorsah, auch nicht für allgemeinverbindlich erklärt worden war, so mußte die Klage abgewiesen werden.“

Recht ist! So müßte es all denen gehen, die da immer erniedern wollen ohne zu läsen. — und dann noch das größte und frechste Mundwerk riskieren. Wie würden die Herrschaften aber so klein und zahn, wenn es keine aufrechten Gewerkschaftler gäbe! Dann wären all die Rechte zum Nichts, an denen sie heute, noch viel und Manier der saulen und frechen Drohnen, teilnehmen. Allerdings können das nur Menschen tun, die kein Schwammgefühl mehr haben.

Die Entwicklung der Indexzahlen

Die Stadt Saarbrücken errechnet nach der neuen Rechenmethode für ihren Bereich, und die statistische Abteilung des Saargebietes für das Saargebiet, den Stand der Teuerung. Die Gegenstände, die der Preisermittlung zu Grunde gelegt werden, bleiben immer dieselben. Es werden getrennt ermittelt die Kosten für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Bekleidung, sonstiger Bedarf und Verkehr. Die einzelnen Posten werden zusammengerechnet, und so die Kosten für die Gesamtlebenshaltung festgestellt. — In nachstehendem geben wir die Indexzahlen für die Gesamtlebenshaltung an. Als Ausgangspunkt wählten wir den Monat Oktober 1926, der die höchste Zahl, die bisher zu verzeichnen war, aufweist.

Monat	Stadt Saarbrücken	Saargebiet
Oktober 1926	688,9	670
November 1926	678,5	664
Dezember 1926	652,9	643
Januar 1927	637,6	625
Februar 1927	629,7	611
März 1927	616,6	605
April 1927	600,0	583
Mai 1927	599,5	580
Juni 1927	608,4	604
Juli 1927	603,6	592

Seit Oktober 1926 bis Mai 1927 ist die Teuerung ständig zurückgegangen (nach den Ermittlungen der genannten statistischen Ämter), und zwar gemäß den Indexzahlen der Stadt Saarbrücken um 89,4 Punkte gleich 12,9 Prozent, gemäß den Indexzahlen des statistischen Amtes der Regierungskommission um 80 Punkte, gleich 11,9 Prozent. Im Monat Juni 1927 die Teuerung wieder an. Sie stieg gemäß den Indexzahlen der Stadt Saarbrücken um 8,9 Punkte, gleich 1,48 Prozent, gemäß den Indexzahlen der Regierungskommission um 14 Punkte, gleich 2,37 Prozent. Im Juli gingen die Teuerungszahlen wieder etwas zurück; bei der Stadt Saarbrücken um 4,8 Punkte, bei der Regierungskommission um 12 Punkte. — Aus dieser amtlichen Teuerungsermittlung ergibt sich, daß gegenüber dem Monat Mai 1927 in den beiden folgenden Monaten eine erhöhte Teuerung zu verzeichnen war. Dafür haben die Bergleute, die abnehmend schwer unter dem Lohnverlust durch Festschichten leiden, wieder mal keinen Lohnausgleich erhalten. Es ist nun an der Zeit, daß die Bergwerksdirektion die notwendige Lohnerhöhung vornimmt, die auf Grund der erzielten Förderleistungen doch möglich ist. Wir müssen uns energisch dagegen wehren, daß in dieser für die Bergleute so schweren Zeit genau so wie in der Vergangenheit, kein Lohnausgleich für die erhöhte Teuerung gegeben werden soll.

Von den Arbeitsstätten der Kameraden

Grube Kohlwald. Schon wieder sind wir gezwungen, uns mit den Verhältnissen auf Grube Kohlwald an dieser Stelle zu beschäftigen. Während in letzter Zeit auch auf Grube Kohlwald Leute entlassen wurden, die zum Teile noch in den besten Mannesjahren leben und ganze Familien zu ernähren haben, ging die Verwaltung dazu über, am 24. 1. sechs Neuanlegungen vorzunehmen. Lohnunterstützung von 34 bis 45 Fr. sind keine Seltenheit. Am 23. August wurden ganze Züge beladener Kohlenwagen, weil die Wagen nach Angabe der Verwaltung nicht voll genug geladen waren, wieder an die einzelnen Arbeitsstellen zurückgeschickt. (Eine sonderbare Rationalisierung.) Warum steht der kommunistische Kontrolleur Hecker hier nicht nach dem Rechten? Bestrafungen bis zu 10 Fr. sind an der Tagesordnung. Besonders bedauerlich ist die Belegschaft über das Verhalten des Jahressiegers Kl.

In Abteilung 2 werden Löhne von 34 Fr. bezahlt. Hier arbeiten die Leute in Schlagweitere, die schon 1 Meter über der Sohle vorhanden sind. Dabei wird ersichtlich die Schichtarbeit verrichtet. Welche Gefahren hierdurch für Gesundheit und Leben der Bergarbeiter bestehen, ist jedem Bergbaukundigen klar. Es ist die höchste Zeit, daß die Bergpolizei sowie auch die Sicherheitsmänner nach dem Rechten sehen.

Grube Frankenholtz. Tarifausschuß. Die Beschwerde des Ludwig Ebel, welcher wegen Feliern bestraft wurde, mußte, weil keine Einigung erzielt werden konnte, dem Haupttarifausschuß überwiesen werden.

August Bernd aus Brücken beantragte die Anerkennung als Haushaltungsvorstand und die dementsprechende Belieferung mit Deputatlohn. Die Verwaltung erklärte, Bernd habe einen jüngeren Bruder auf Grube Dechen arbeiten, desgleichen sei ein Bruder von über 14 Jahren vorhanden. Die Brüder könnten auf Grube Frankenholtz sofort beschäftigt werden. Auch hier erfolgte die Überweisung an den Haupttarifausschuß.

Friedrich Glaser, Waldmohr, Rudolf Beder, Dittweiler, Joseph Müller-Dittweiler wurden mit anstößig gewöhnlich schlechten Deputatlohn beliefert. Die Kameraden verlangten, nachdem sie Bescheinigungen über die Wahrheit ihrer Angaben von Seiten der Hüttenmeisterämter vorlegten, eine Entschädigung oder Nachbelieferung. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, ist die Beschwerde dem Haupttarifausschuß überwiesen.

August Schulz-Breitenbach verlangt die Entschädigung einer Schicht, die er anlässlich der Kleberkunst seiner Frau feiern mußte. Zwecks weiterer Erhebungen erfolgte Vertagung.

Ernst Zimmer-Dittweiler verlangte die Vergütung einer Schicht, die er infolge Verletzung verdienen mußte. Zimmer erhält die Schicht bezahlt.

Otto Nikolaus-Dittweiler wurde nicht befördert, weil er nach Angaben der Verwaltung mehrere Male ohne Entschädigung geleistet habe. Zwecks Prüfung der Angelegenheit erfolgte Vertagung.

Der Kamerad Rudolf Breit aus Mündwies wurde verhaftet und längere Zeit in Haft behalten. Nachdem seine volle Schuldlosigkeit bewiesen, erfolgte die Entlassung aus der Haft. Die Direktion der Grube Frankenholtz stellt sich auf den Standpunkt, daß, wenn ein Arbeiter mehr als 8 Schichten versäumt, das Arbeitsverhältnis gelöst und alle Rechte verloren seien. Sie verweigert dem Kameraden den ihm zustehenden Erholungsurlaub. Da eine Einigung nicht möglich war, mußte auch dieser Antrag dem Haupttarifausschuß zur Entscheidung überwiesen werden.

Die Arbeitervertreter verlangten von der Verwaltung, daß der zu gewählende Kartoffelvorstand den Belegschaftsmitgliedern der Grube Frankenholtz in derselben Form und unter denselben Bedingungen gewählt werden soll, wie dieses die Bergwerksdirektion in Saarbrücken tut. Die Verwaltung stellt sich jedoch auf den Standpunkt, den Kartoffelvorstand nur an Bedürftige zu wählen.

Tauschmann sucht Schlepper Alois Müller aus Steinberg bei Türkismühle, zur Vergütung von Grube Heintz nach König. Meldung beim Bezirksbüro St. Wendel.

Dankagung. Aus Anlaß des tödlichen Unfalles unseres lieben Mannes veranlaßten die Jahrsstelle Knausholz, die Kameraden der Firma Juraft und die Belegschaft der Grube Belsen je eine Sammlung. Allen edlen Spendern, auch denen, die sich an der Kirchhoffende beteiligten, sagen wir hier ein herzliches „Vergelt's Gott!“

Frau Witwe H. Mendgen.  
Frau Witwe F. Honneder.

Dankagung. Allen Sicherheitsmännern und Arbeitern von Grube Reden sage ich hier für die hochherzige Spende von 1200 Franken, die aus Anlaß des tödlichen Unfalles meines Sohnes gesammelt wurden, recht herzlichen Dank.

Frau Witwe Hil. Grass, Landsweiler-Reden.

Dankagung. Den Bergleuten der Abt. 15 der Grube Heintz sage ich hiermit diesen Dank für die Spende von 204 Franken, die aus Anlaß des tödlichen Unfalles meines Sohnes gesammelt wurden.

Johann Hohenbühler, Vater, Spieren.

Nachruf. Die hiesige Jahrsstelle hat zwei eifrige Kameraden durch den in der Grube tödlich inuernden Tod plötzlich verloren: die Kameraden Johann Hohenbühler und Peter Derikang. Beide Kameraden seit einem Jahrzehnt in unseren Reihen und haben sich immer redlich um das Emporsteigen ihres Berufes bemüht. Möge ihnen die Erde leicht sein. Ihr Andenken werden wir in Ehren halten.

Der Vorstand der Jahrsstelle Spieren.

Nachruf. Der Kamerad Nikolaus Stein wurde durch tödlichen Unfall aus unserer Mitte gerissen. Es ist dies ein herber Verlust für unsere Jahrsstelle. Noch jung an Jahren, war er sich doch keiner Unbill bewußt, und trat mit seinem Kameraden eifrig und zielklar für die Interessen seines Standes ein. Sein Andenken werden wir immer ehren.

Der Vorstand der Jahrsstelle Eszdorf.

Bekanntmachung

Der 28. Wochenbeitrag (Woche vom 11. bis 17. September) ist in dieser Woche fällig.

Für die Redaktion verantwortlich: F. Kleier.  
Verl. des Gewerkschafts Christl. Bergarbeiter Deutschlands.  
Druck: Saarbrücker Druckerei und Verlag K. G.